

ARGUMENTATIONSHILFE

**Einwanderung
humanitär und gerecht –
nicht nach Nützlichkeit!**

DIE LINKE.

THEMA

EINWANDERUNG HUMANITÄR UND GERECHT – NICHT NACH NÜTZLICHKEIT!

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Es kommt darauf an, es für alle gerecht zu gestalten. Vielen wird das Ankommen und Leben hier unnötig schwergemacht. Weiterhin stehen beispielsweise Menschen, die in Deutschland ein Studium absolviert haben, vor großen Problemen, wenn sie zur Arbeitssuche im Land bleiben wollen. Auch andere Wege der Einwanderung, beispielsweise über den Familiennachzug, unterliegen scharfen Restriktionen, z.B. einem Sprachnachweis vor der Einreise. Diese Anforderungen dienen vor allem sozialer Auslese: wer ausreichend Ressourcen hat, für den sind die Sprachanforderungen kein Problem.

Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall des Geburtsorts oder der Verwertbarkeit abhängig sein. Wir setzen uns daher für umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert. Wir wollen, dass alle Menschen im Rahmen einer Teilhabeagenda rechtlich, politisch und sozial gleichgestellt werden. Es braucht Investitionen in Zusammenhalt und Partizipation statt in Ausgrenzung und Abschottung. Und gleiche Rechte für alle. Abschiebungen lehnen wir ab – im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Wir haben hier immer dagegen gestimmt und werden das auch in Zukunft tun.

Was sagen die anderen?

Die **CDU** will Einwanderung weiter erschweren und Abschiebungen erleichtern. Die **SPD** will legale Migrationswege für (Fach-)Arbeitskräfte schaffen und Arbeitsverbote aufheben, hält aber an Abschiebungen und Vorenthaltung des Wahlrechts fest. **Die Grünen** wollen ein modernes Einwanderungsgesetz, das den »jährlichen Arbeitskräftebedarf« mittels einer »punktebasierte Talentkarte« deckt und »menschenrechtskonforme« Abschiebungen. Nicht EU-Bürger soll nur das kommunale Wahlrecht kriegen. Die **FDP** will Einwanderung völlig vom Nutzen für die Wirtschaft abhängig machen.

LINKE Gegenargumente

Steuerungsbedarf besteht weniger bei der Einwanderung, sondern beim Erhalt und der Durchsetzung von Tarifen und arbeitsrechtlichen Standards – die sind besonders in den weniger hochqualifizierten Berufen oft unterirdisch. DIE LINKE will daher nicht nur gleiche Beteiligungsrechte und ein offenes Einwanderungsrecht, sondern keine Einschränkung sozialer Sicherheiten für Migrant*innen. Es braucht flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns von 13 Euro für alle Menschen. Gegen einen eventuellen Fachkräftemangel braucht es keine gezielte Abwerbung von qualifizierten Menschen im Ausland, sondern anständige Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Bezahlung für alle Menschen hierzulande.